



Sandra Petry

Zwischen Individualrechtsschutz und völkerrechtlichen Auslieferungspflichten

Grundrechtsvorbehalt im Auslieferungsverkehr Deutschlands als Mitgliedstaat der EU mit Drittstaaten am Beispiel der USA

Kölner Kriminalwissenschaftliche Schriften, Band 75

1 Tab., 1 Abb., 316 Seiten, 2021

Print: <978-3-428-18226-8> € 89,90

E-Book: <978-3-428-58226-6> € 79,90

Gegenstand der Arbeit ist die Frage, wie ein hinreichender Individualrechtsschutz im europäisierten Auslieferungsverkehr mit Drittstaaten gewahrt werden kann. Das Auslieferungsverfahren von Deutschland mit den USA wird daraufhin untersucht, wann eine Auslieferung unter Berufung auf eine drohende grundrechtswidrige Behandlung nach erfolgter Auslieferung abgelehnt werden kann. Die in den Auslieferungsverträgen geregelten Ablehnungsgründe hinterlassen eine Schutzlücke. Diese führt zu einem Konflikt zwischen den Auslieferungspflichten gegenüber den USA und den Individualrechten des Auszuliefernden, weil deutsche Behörden nicht die Hand zu Grund- und Menschenrechtsverletzungen nach erfolgter Auslieferung reichen dürfen. Auf der Grundlage der verschiedenen Rechtsebenen und der Grundrechtsbindungen deutscher Justizbehörden wird eine Ablehnungsklausel zugunsten von Unionsgrundrechten entworfen, die in Auslieferungsübereinkommen der EU mit Drittstaaten aufgenommen werden sollte.

Inhalt

Einleitung: Gegenstand, Zielsetzung und Gang der Untersuchung

1. Völkervertraglicher Individualrechtsvorbehalt im Auslieferungsverkehr mit den USA?

Auslieferungspflicht im vertraglichen Auslieferungsverkehr zwischen Deutschland und den USA — Begrenzung der Auslieferungspflicht im Auslieferungsverkehr mit den USA durch völkervertraglich geregelten Grund- und Menschenrechtsvorbehalt? — Ergebnisse Kapitel 1

2. Anwendbarkeit eines allgemeinen Individualrechtsvorbehalts jenseits völkervertraglicher Klauseln

Relevanz von Grund- und Menschenrechten des Auszuliefernden im ersuchenden Staat nach Aus-

lieferung — Völkerrechtliche Grenzen der Auslieferung: Existenz eines genuin völkerrechtlichen Menschenrechtsvorbehalts? — Genuin europäischer Ordre Public — Innerstaatliche Perspektive und Grundrechtsbindungen — Ergebnisse Kapitel 2

3. Vorgaben für einen Grundrechtsvorbehalt im Auslieferungsverkehr der EU mit Drittstaaten

Unionsgesetzgeberische Pflicht zur Ausgestaltung eines unionalen Grundrechtsvorbehalts — Prozessuale Ausgestaltung im Auslieferungsverkehr mit Drittstaaten

Resümee

Literatur- und Sachverzeichnis